

Ressort: Politik

EU-Kommission leitet Verfahren gegen Ungarn wegen NGO-Gesetz ein

Brüssel, 13.07.2017, 12:58 Uhr

GDN - Die Europäische Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen eines umstrittenen Gesetzes über nichtstaatliche Organisationen eingeleitet, die aus dem Ausland finanziert werden. Man habe Ungarn ein Aufforderungsschreiben wegen des Gesetzes übermittelt, teilte die Brüsseler Behörde am Donnerstag mit.

Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass sich Nichtregierungsorganisationen, die Geld aus dem Ausland bekommen, als "vom Ausland unterstützte Organisationen" registrieren lassen. "Die Zivilgesellschaft ist das Gerüst unserer demokratischen Gesellschaften. Deshalb darf sie in ihrem Wirken nicht über Gebühr eingeschränkt werden", sagte der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. Nach einer gründlichen Prüfung des neuen Gesetzes sei man zu dem Schluss gelangt, "dass es nicht im Einklang mit dem EU-Recht steht". Ungarn hat einen Monat Zeit, auf das Schreiben zu reagieren. Das Gesetz war am 13. Juni verabschiedet worden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-92000/eu-kommission-leitet-verfahren-gegen-ungarn-wegen-ngo-gesetz-ein.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619